

Wirtschaftsrat der CDU e.V. – Luisenstr. 44 - 10117 Berlin

An die Mitglieder der  
CDU/CSU-Bundestagsfraktion

Wirtschaftsrat der CDU e.V.  
Luisenstr. 44, D-10117 Berlin  
Telefon (030) 24087-0  
Telefax (030) 24087-205

Der Präsident

Der Generalsekretär

Berlin, 24.02.2015

### Keine Daueralimentierung für Griechenland – Hilfen nur gegen Reformerfolge und testierte Bilanz!

Sehr geehrte Damen und Herren,

die Euro-Gruppe hat sich vergangenen Freitag in buchstäblich letzter Minute mit Griechenland noch grundsätzlich auf die Verlängerung des laufenden Kreditprogramms geeinigt. Nach den Ereignissen der letzten Wochen bleiben jedoch große Zweifel, ob Athen dauerhaft bereit ist, Vereinbarungen auch einzuhalten und umzusetzen. Wer kontrolliert die Reformen, die heute von Griechenland versprochen werden? Was passiert, wenn sie nicht ausreichend umgesetzt werden? Es ist von entscheidender Bedeutung für das europäische Projekt, dass wir auf diese Fragen überzeugende Antworten finden. Der Wirtschaftsrat appelliert deshalb an Sie, keinem griechischen Antrag zuzustimmen, der nicht klipp und klar festlegt, dass die Hilfen nur im Gleichschritt mit durchgeführten Reformen ausbezahlt werden. Keinesfalls dürfen wir uns aus Angst um bereits gezahlte Hilfen erpressbar machen.

Die Situation ist nicht zu beschönigen: Griechenland wird seine Schulden nicht vollständig zurückzahlen können. Jeden Tag wachsen die ELA- (Emergency Liquidity Assistance) und Target-Forderungen weiter an. Eine einfache Verlängerung des Hilfsprogramms ohne effektive Auflagen würde bedeuten, dass wir weiteres gutes Geld sehenden Auges schlechtem hinterherwerfen. Umso mehr muss jetzt eine ehrliche Analyse stattfinden, ob der Weg der Solidarität weitergeführt werden kann oder beendet werden muss. Der Wirtschaftsrat schlägt deshalb vor, die Zustimmung zu einer Verlängerung an eine **transparente Rechnungslegung** zu koppeln. Griechenland darf weitere Hilfen nur erhalten, wenn es am Ende der viermonatigen Verlängerung eine von einer international anerkannten Wirtschaftsprüfungsgesellschaft testierte Bilanz vorlegt, die nach internationalen Standards (IPSAS - International Public Sector Accounting Standards) erstellt ist.

Es kann nicht sein, dass ganz Europa über die griechischen Schulden debattiert und gleichzeitig keine verlässlichen Zahlen vorliegen. Die griechische Regierung verweist stets darauf, dass die Schuldenlast von 315,5 Mrd. Euro oder 176 Prozent des BIP nicht tragfähig wäre. Entscheidend ist jedoch nicht der Nennwert eines Kredits, sondern der Zeitwert. Dank der verschiedenen Umschuldungsrunden ist Griechenland um seine komplette Risikoprämie an den Finanzmärkten entlastet worden. Die stark subventionierten griechischen Schulden sind bis 2020 sogar tilgungsfrei. Dieser „Wettbewerbsvorteil“ wird verschwiegen. Würde Griechenland nach IPSAS bilanzieren, müsste es seine Schulden deutlich geringer ansetzen als den Nennwert von 315,5 Mrd. Euro. Es gilt, Transparenz zu schaffen und Schluss zu machen mit „griechischer Statistik“. Europa muss wie zahlreiche internationale Organisationen (OECD, NATO, IWF) und Staaten wie Singapur, Neuseeland etc. die Bilanzierungsstandards IPSAS einführen. Nur dann gibt es für den Bürger ein klares Bild. Griechenland muss jetzt damit anfangen.

Klar ist auch: Solange Griechenland keine wettbewerbsfähigen Produkte anbietet, wird sich an der katastrophalen Situation nichts ändern. Umso dringender kommt es darauf an, dass Griechenland die Modernisierung der Wirtschaft und der staatlichen Institutionen entschlossen vorantreibt. Um das Fundament für einen neuen Aufschwung zu legen, sollten die europäischen Partner deshalb auf folgende Kernpunkte beharren:

**Präsidium:**

Prof. Dr. Kurt J. Lauk (Präsident)  
Dr. Michael Mertin (Vizepräsident)  
Prof. Hans Helmut Schetter (Vizepräsident)  
Astrid Hamker (Schatzmeisterin)

Werner M. Bahlsen, Paul Bauwens-Adenauer, Dorothee Belz, Wendelin von Boch,  
Dr. Nikolaus Breuel, Dr. Hugo Fiege, Dr. Michael Fuchs MdB, Dr. Johannes Lambertz,  
Dr. Henneke Lütgerath, Dr. Michael Meister MdB, Friedrich Merz, Rainer Neske,  
Dr. Stefan Schulte, Wolfgang Steiger, Bettina Würth, Dr. Ulrich Zeitel

**Steuernummer:**

27/620/55570  
Vereinsregister:  
Amtsgericht Charlottenburg  
VR 20970 B

**Konto:**

Deutsche Bank AG (BLZ 380 700 59)  
Konto-Nr.: 3100476  
IBAN: DE31 3807 0059 0310 0476 00  
BIC: DEUTDE33

### **1) Ein funktionierendes Steuersystem aufbauen**

Vor jeder europäischen Solidarität muss weiterhin immer die internationale Solidarität stehen. Hier hat Griechenland nach wie vor ein gewaltiges Problem mit der schlechten Zahlungsmoral seiner Steuerzahler. Mit 3,49 Milliarden Euro blieben die Steuereinnahmen allein im Januar rund eine Milliarde hinter den Vorgaben der Regierung zurück. Wie in allen EU-Ländern muss das Steuersystem die Leistungskraft berücksichtigen. Auch in Griechenland müssen die Eliten einen angemessenen Anteil an den Kosten des Staates tragen. Hier muss Griechenland ein überzeugendes Konzept vorlegen, das auch verbindliche Zahlen enthält. Die neue Regierung sollte zudem das Angebot der Bundesregierung annehmen, die griechische Verwaltung bei der Verwirklichung eines effizienten Steuervollzugs zu unterstützen.

### **2) Staatliche Strukturen modernisieren**

Der aufgeblähte Staatsapparat ist nach wie vor eines der Kernprobleme. Über 23 000 Kompetenzen müssen die Ministerien verwalten. Das ist viel zu kleinteilig. Die neue griechische Regierung marschiert jedoch in die entgegengesetzte Richtung: Den Staatssektor aufzublähen, Privatisierungen abzusagen - das ist ein Programm für die Rückabwicklung von Wachstumschancen. Notwendig ist zudem endlich ein transparentes Katasterwesen.

### **3) Rechtssicherheit schaffen, Bürokratie abbauen**

Gerade für internationale Investoren ist ein funktionierendes Rechtssystem ein zentrales Kriterium der Standortentscheidung. In Griechenland sind Genehmigungsverfahren und administrative Prozesse von Investitionsentscheidungen bis zur Umsetzung viel zu umständlich. Der Erhalt von Betriebs- oder Niederlassungslizenzen dauert mitunter eineinhalb Jahre. Ein Fall im Handelsrecht zieht sich über 1580 Tage hin. Im internationalen Vergleich liegt man damit am Tabellenende.

### **4) Investitionsklima und Bildungssystem verbessern**

In der Rangliste des Global Innovation Index 2014 belegt Griechenland einen deprimierenden 50. Rang - hinter Mauritius oder Moldawien und etwa gleichauf mit Panama. Griechenland hat 9 Patente pro eine Million Einwohner, wir über 200. Die Ausgaben für Forschung und Entwicklung betragen lediglich 0,7 Prozent des BIP. Andere Euroländer investieren rund 3 Prozent ihres BIP in die Zukunft ihres Landes. Hier muss gegengesteuert werden. Dafür gilt es bereits an der Wurzel anzusetzen. Es ist absurd, dass mächtige Studentenvereinigungen jede Forschungskoooperation von Universitäten und Unternehmen blockieren.

Der Unternehmer, der auf das Syriza-Wahlprogramm mit Investitionen und Einstellungen reagiert, muss wohl noch geboren werden. Griechenlands letzte Chance ist es, die Reformen kontrolliert durch den IWF schnell umzusetzen. Sonst kann Griechenland nicht an Wettbewerbsfähigkeit gewinnen. Es reicht nicht mehr aus, unverbindliche Absichtserklärungen zu unterzeichnen. Wir brauchen einen klaren Automatismus: Sollte der IWF nach einem fest abgestimmten Zeitrahmen zur der Schlussfolgerung kommen, dass die Fortschritte nicht ausreichend sind, muss das Parlament umgehend reagieren und weitere Hilfe sofort stoppen – mit allen Konsequenzen. Denn dann reden wir nicht mehr von Hilfskrediten, sondern akzeptieren eine Daueralimentierung. Das würde den Rechtsbruch in Europa zum Prinzip erheben und die Soziale Marktwirtschaft mit ihrem Prinzip Handlung und Haftung unglaubwürdig machen. Sobald deutlich wird, dass es zu einer Schuldenübernahme durch die Hintertür ohne Gegenleistung und Mitsprache kommt, droht die mittlerweile fragile Zustimmung in Deutschland fundamental zu kippen. Wir schüren dann ein Konjunkturprogramm für die AfD und ebenso für Marine Le Pen, Beppe Grillo, die spanische PODEMOS und UKIP. Auch Prinzipienlosigkeit und die Nichteinhaltung von Zusagen können die monetäre Union zusammenbrechen lassen.

Der Wirtschaftsrat appelliert an Sie, mit diesen klaren Hürden dazu beizutragen, dass wir Athen nicht sehenden Auges auf einen Irrweg begleiten.

Mit freundlichen Grüßen

Prof. Dr. Kurt J. Lauk

Wolfgang Steiger